

Zukunftsforderungen für die Gesundheits- und Sozialberufe zur Landtagswahl 2026



In den Berufen des Gesundheitssektors in Baden-Württemberg herrscht ein gravierender Fachkräftemangel, der die Patientenversorgung bereits heute nachhaltig beeinträchtigt. In keinem dieser Berufe bildet Baden-

Württemberg ausreichend Therapeuten und Therapeutinnen aus, schon heute bleiben viele Stellen unbesetzt. Es droht, dass Patienten und Patientinnen mit dringend erforderlichen Heilbehandlungen künftig nicht mehr ausreichend in Baden-Württemberg versorgt werden können.

Daher muss es schnell zu Maßnahmen kommen, den Fachkräftemangel nachhaltig zu beheben. Der Großteil der Gesundheits- und Sozialberufe wird an Freien Schulen in Baden-Württemberg ausgebildet, die Schulen in freier Trägerschaft sind also für die Lösung des Fachkräftemangels entscheidend. In den letzten Jahren stagnierte die politische Lösungsfindung aber, insbesondere ist Baden-Württemberg mittlerweile fast das einzige Bundesland ohne Schulgeldfreiheit, ein erheblicher Standortnachteil zu den angrenzenden Bundesländern.

- ✔ **Schulgeldfreiheit endlich umsetzen** - Rund 200 Euro Schulgeld im Monat müssen die Freien Schulen der Gesundheitsberufe immer noch erheben, in den Berufen der sog. Ergänzungsschulen wie der Ergotherapie sind es bis zu 400 Euro, bzw. durch zusätzliche Eigenmittel aufbringen, obwohl in allen angrenzenden Bundesländern längst die Schulgeldfreiheit eingeführt wurde und an den Schulen mit Krankenhausanbindung sogar zusätzlich noch eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird. Viele Interessierte Auszubildende in den Gesundheitsberufen können sich das nicht mehr leisten, wandern ab in schulgeldfreie Bundesländer oder wählen andere Berufe.

Die Schulgeldfreiheit in den Gesundheits- und Sozialberufen muss daher umgehend umgesetzt werden, dafür muss das zusätzliche Schulgeld auf den bisherigen Fördersatz der Schulen aufgeschlagen werden.

- ✔ **Modernisierung der Berufsgesetze: Ausbildungsvergütungen für alle SchülerInnen der Gesundheitsberufe** – Nachdem sich Baden-Württemberg auf Bundesebene erfolgreich gegen die Vollakademisierung und die KHG-Finanzierung der Gesundheitsberufe eingesetzt hat, muss sich die Landesregierung nun mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die künftige Finanzierung der schulischen Ausbildung und auch der Ausbildungsvergütungen für alle Schüler und Schülerinnen (nicht nur die Schüler und Schülerinnen an den Schulen der Krankenhäuser) gesichert ist, bevor die Berufsgesetze modernisiert werden. Gerade im Bereich der Physiotherapie, mit einem großen Anteil von Auszubildenden im ambulanten Bereich ist es daher zwingend, eine Finanzierung der Ausbildungsvergütungen auch in diesem Bereich sicherzustellen. Ansonsten droht ein erheblicher weiterer Rückgang an Ausbildungsplätzen.
- ✔ **Lehrkräfteeinsatz: Fachlichkeit vor Pädagogik-Studium** – Durch die bundesgesetzliche Verpflichtung, dass alle Lehrkräfte mittlerweile auch ein zusätzliches pädagogisches Studium, nachweisen müssen, sind in vielen Unterrichtsfächern die bisher z.B. von Ärzten und Ärztinnen unterrichtet wurden, keine ausreichende Lehrkräfteversorgung mehr sicherzustellen. Baden-Württemberg muss sich dafür einsetzen, dass es auch weiterhin möglich bleibt, Lehrkräfte ohne pädagogisches Zusatzstudium einzusetzen. Fachlichkeit und Unterrichtsversorgung müssen vor ein Pädagogik-Studium gehen.



- ✔ **Wegfall der Wartefrist bei Neugründungen von Gesundheitsschulen** – Schulen in freier Trägerschaft müssen die ersten drei Jahre nach Gründung selbst finanzieren. Dies ist angesichts der gravierenden Fachkräftemangels in den Gesundheits- und Sozialberufen nicht länger nachvollziehbar. Wir fordern eine verbindliche, z.B. gesetzliche Änderung, dass die Wartefrist bei Gründung von Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe so lange ausgesetzt wird, bis der Fachkräftemangel in den Gesundheits- und Sozialberufen in Baden-Württemberg behoben ist.
- ✔ **Ergotherapie, Podologie und Diätassistenten besser fördern** – Die Ausbildungen in der Ergotherapie, Podologie und Diätassistenten sind vom Land immer noch deutlich schlechter gefördert als die anderen Gesundheitsberufen, weil es sich um sogenannte Ergänzungsschulen handelt, die nur auf freiwilliger Basis und einen deutlich geringere Fördersätze erhalten als die gesetzlich garantierte Förderung der Ersatzschulen. Die Auswirkungen sind sehr hohe Schulgelder und unterfinanzierte Schulen für diese so dringend benötigten Berufe. Dies ist angesichts des Fachkräftemangels nicht länger hinnehmbar, insbesondere muss die Ergotherapie mit der Physiotherapie in der Förderung gleichgestellt werden.
- ✔ **Gesundheits- und Sozialberufe-Monitoring endlich einführen** - Baden-Württemberg erhebt immer noch keine Bedarfsermittlungen für die Fachkräfteausbildung im Bereich der Gesundheits- und Sozialberufe. Ohne diese Grundlagen kann aber keine Planung über die erforderlichen Ausbildungskapazitäten stattfinden.
- ✔ **Digitalpakt II: alle Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe müssen Berücksichtigung finden** - Die Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe haben einen erheblichen Digitalisierungsrückstand. In den Gesundheitsberufen gibt es innovative digitale Lernkonzepte, die mangels digitaler Infrastruktur nicht an allen Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe umgesetzt werden können. Beim anstehenden Digitalpakt 2 müssen alle Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe, auch die Ergänzungsschulen der Gesundheitsberufe, partizipieren. Sollte es hierfür an einer bundesgesetzlichen Lösung fehlen, sind diese Maßnahmen aus Landesmitteln zu finanzieren.
- ✔ **Sozialberufe retten** - Sozialberufe, wie die Ausbildungen zur Heilerzieher oder den Familienpfleger, sind Mangelberufe und werden dringend benötigt. Gleichzeitig sind die Schulen für diese Berufe seit Jahren unterfinanziert und durch zahlreiche Bürokratieauflagen in ihrer Existenz in Baden-Württemberg gefährdet. Wir fordern die Landesregierung auf, zeitnah unter Federführung des Sozialministeriums und unter Einbindung der Experten und Verbände einen Konsultationsprozess hierzu zu starten.